

Auf Alois Hodel folgt Rico De Bona

MITTE 60+ An der Generalversammlung der Mitte 60+ Kanton Luzern übergab der langjährige Obmann und aktuelle Präsident Alois Hodel aus Egolzwil das Präsidium an Rico De Bona aus Luzern.

Alois Hodel (79, Egolzwil) hat die Vereinigung 60+ vor 13 Jahren als Obmann übernommen. Der langjährige Gemeindepräsident von Egolzwil und Grossrat (CVP) wurde an der ersten Generalversammlung des Vereins Die Mitte 60+ Kanton Luzern als Präsident gewählt und führte die Vereinigung 60+ Kanton Luzern während über 13 Jahren «sehr erfolgreich», wie die Mitte 60+ in einer Mitteilung festhält. «Verschiedene eindrückliche Parteitage und die Teilnahme an diversen Wahlen sind äusseres Zeichen dieser engagierten Arbeit.» Alois Hodel wurde an der Generalversammlung mit einem grossen Applaus für sein langjähriges und initiatives Engagement verabschiedet.

Ehemaliger Mitte-Parteisekretär übernimmt

Der ehemalige Mitte-Parteisekretär Rico De Bona (67, Luzern/Littau) wur-



Aktuarin Albie Sieger-Stutz (links) beschenkte Alois Hodel mit einem Weinpräsent und seine Ehefrau Theres mit einem Blumenstrauß. Fotos zvg

de an der Generalversammlung als Nachfolger der Vereinigung Die Mitte 60+ Kanton Luzern gewählt. Rico De Bona will sich dank seinen vieljährigen Erfahrungen als ehemaliger Mitte-Parteisekretär sowie früherer Grossrat und Sozialvorsteher (ehemals

Littau) mit grosser Einsatzbereitschaft einbringen. «Ich will dabei alle Mandatsträger über 60 einbeziehen und die aktiven Wahlkreisgruppierungen fördern und unterstützen», so De Bona in seiner kurzen Dankesrede nach der Wahl.

pd/WB

Energiestrategie 2050 erreichbar

MITTE 60+ Energie- und Stromthemen standen im Mittelpunkt des Polit-Forums, das vergangene Woche von der Mitte+ Kanton Luzern im CKW-Besucherzentrum Rathausen/Emmen organisiert und von alt Nationalrat Josef Leu (Hohenrain) moderiert wurde.

Wegen gestaffeltem Wegfall von einheimischem Atomstrom und zusätzlich durch die fortschreitende Dekarbonisierung (weg von fossilen Energieträgern) ergibt sich in den nächsten Jahrzehnten eine erhebliche Stromlücke. Sie war Thema der gut besuchten Veranstaltung, die der GV folgte. Mit einem Massnahmenmix sei die Energiestrategie 2050 erreichbar, lautete der Tenor. Dazu referierten CKW-CEO Martin Schwab, Mitte-Nationalrätin, die Energiepolitikern Priska Wismer-Felder (Rickenbach), Mitte-Kantonsrat Hanspeter Bucheli (Ruswil) und Urs Steiger, Naturwissenschaftler ETH/SIA und Präsident des Landschaftsschutzverbandes Vierwaldstättersee.

Oscar Küng, Gemeinderat in Buttisholz, zeigte konkrete Realisierungen auf Dorfebene auf.

Angeregte Podiumsdiskussion

Das komplexe und vielschichtige Tagungsthema sorgte für viel Gesprächsstoff in der Podiumsdiskussion, moderiert von Rico De Bona. In ihren Statements bestätigten die vorgängig erwähnten Referierenden ihre Ansichten. Hingewiesen wurde dabei auch darauf, dass die Gesellschaft durch freiwillige Bescheidenheit mit bewusst sparsamem Energieumgang einen Beitrag zur Energiewende beitragen könne, «jede eingesparte Energie muss nicht produziert werden».

Gemäss Tagungsleiter Josef Leu bleibt das Erreichen der Energiestrategie 2050 ein «politischer Dauerbrenner». Beim offensichtlich notwendigen Mix von diversen Energieformen und der wünschbaren Technologieoffenheit seien alle Akteure in Wirtschaft und Gesellschaft gefordert.

pd/WB

Passerelle erfolgreich bewältigt

DIPLOMFEIER An der Passerellenfeier vom Samstag nahmen 96 Absolventinnen und Absolventen aus der ganzen Zentralschweiz ihr Abschlusszeugnis der Maturitätsschule für Erwachsene Luzern entgegen.

Seit 20 Jahren ermöglicht der Passerellen-Lehrgang jungen Menschen mit Berufs- oder Fachmaturität den Zugang zu Universitäten, Pädagogischen Hochschulen und zur ETH. An der Passerellen-Feier am vergangenen Wochenende wurde sowohl das 20-Jahr-Jubiläum als auch der Abschluss des aktuellen Lehrgangs gefeiert: 96 Absolventinnen und Absolventen erhielten nach bestandenen Ergänzungsprüfungen ihr Abschlusszeugnis.

Besonders herausragend waren die Leistungen von Svenja Willmann, Beromünster (Note 5,9), Gian-Andri Hänni, Hünenberg See (5,9) und Corina Boog, Wauwil (5,5).

Fast zehnmal mehr Studierende

Der einjährige Passerellen-Lehrgang wurde 2005 von der Maturitätsschule für Erwachsene Luzern (MSE) gemeinsam mit den Erwachsenengymnasien in Bern und St. Gallen lanciert. Die erste Abschlussfeier im Sommer 2005 fand mit elf Absolventinnen und Absolventen statt. «Zwei Jahrzehnte später feiern wir den erfolgreichen Abschluss von fast zehnmal mehr Studierenden. Das zeigt, wie sehr sich dieses Angebot bewährt hat: als Instrument der Durchlässigkeit, der Chancengerechtigkeit – und als Einladung an alle, die bereit sind, sich neue Horizonte zu er-

schliessen und Möglichkeiten zu eröffnen», bilanzierte Luigi Brovelli, Leiter der Maturitätsschule für Erwachsene, an der Abschlussfeier.

Unter den Gästen befanden sich auch Unternehmensberater Franco Bühlmann und Grossstadtrat Simon Roth – beide Absolventen des ersten Passerellenlehrgangs 2005. Roth blickte in seiner Rede zurück: «Die Passerelle war für mich weniger ein Abschluss, sondern vor allem ein Türöffner.» Für die musikalische Umrahmung sorgte die Künstlerin Anna Mae (bürgerlich Nadja Limacher), die an diesem besonderen Abend gleichzeitig ihr Abschlusszeugnis in Empfang nahm.

Absolvierende aus der Region: Svenja Alena Birrer, Willisau; Corina Boog, Wauwil; Stefanie Flückiger, Willisau; Tamara Angela Hodel, Ettiswil; Nadja Limacher, Alberswil; Jan Maurer, Langnau; Julia Scherrer, Willisau; Anita Julia Stalder, Buttisholz; Amanda Steinmann, Ebersecken; Levi Wüest, Willisau.

pd/WB

SVP und FDP erfreut

STELLUNGNAHMEN Vergangene Woche präsentierte die Regierung den Aufgaben- und Finanzplan 2026–2029. FDP und SVP begrüssen dessen Inhalt.

Der Regierungsrat will 2026 und 2027 den Steuerfuss senken und gleichzeitig investieren. Möglich mache dies die Entwicklung der Steuererträge, sagte Finanzdirektor Reto Wyss vergangene Woche bei der Präsentation des Aufgaben- und Finanzplans (AFP) 2026–2029. Die Reaktionen der Parteien fielen erwartungsgemäss unterschiedlich aus. Die Linke kritisierte die abermalige Steuersenkung, die Mitte begrüsst die Vorschläge (WB vom Freitag). Nun sind weitere Stellungnahmen eingegangen.

Die SVP nimmt «die anhaltend positive Entwicklung der Finanzen» zur

Kenntnis. Gleichzeitig warnt sie vor weiter ansteigenden Ausgaben. Sie verlange, die Ausgaben «zugunsten der Bevölkerung» sowie auf «effizienzsteigernde Massnahmen zu fokussieren, aber gleichzeitig zurückhaltend mit Mehrausgaben in der Verwaltung zu sein». Die geplanten Steuersenkungen nehme sie «erfreut zur Kenntnis».

Auch die FDP begrüsst die «erfreuliche Ausgangslage» und warnt vor übermässigem Ausgabenwachstum. «Die Entwicklung der Steuererträge trotz der nach unten korrigierten OECD-Steuererträge und die erneut solide Finanzlage des Kantons bestätigen die liberale Finanz- und Steuerpolitik der letzten Jahre», schreibt sie. Man begrüsse insbesondere die angekündigten Steuersenkungen sowie die gezielten Investitionen und warne gleichzeitig vor «einem ungebremsten Ausgabenwachstum».

dk

«Abschaffung beseitigt Fehlanreiz»

PAROLEN Die Mitglieder der Grünliberalen Partei des Kantons Luzern haben zur Abstimmung vom 28. September diskutiert. Sie empfehlen zwei Mal ein Ja.

Ihre dritte Mitgliederversammlung des Jahres hielt die Grünliberale Partei (GLP) des Kantons Luzern in der alten Kirche Buchrain ab, die für Zwischennutzungen zur Verfügung steht. Im Zentrum stand die Parolenfassung zu den eidgenössischen Abstimmungen vom 28. September. Abgestimmt wird bekanntlich über den Bundesbeschluss vom 20. Dezember über die kantonalen Liegenschaftssteuern auf Zweitliegenschaften – die Abschaffung des Eigenmietwerts – sowie das Bundesgesetz vom 20. Dezember 2024 über den elektronischen Identitätsnachweis und andere elektronische Nachweise – das E-ID-Gesetz.

«Mit Abstand höchste private Verschuldung in Europa»

Auch GLP-Nationalrat Martin Bäumle (Zürich) wohnte der Versammlung bei. Nach einem – so die Medienmitteilung der Partei – «spannenden Gedankenaustausch» fassten die Mitglieder mit «überaus deutlicher Mehrheit» die JA-Parole zur Abschaffung des Eigenmietwerts. Die GLP betont, dass Schulden nicht belohnt werden sollen



Das Eigenheim soll zukünftig nicht mehr mit einem Eigenmietwert besteuert werden, findet auch die GLP (Symbolbild). Foto Unsplash/Tierra Mallorca

– doch die Privatverschuldung sei in der Schweiz bereits sehr hoch. Dazu wird der ehemalige Luzerner Nationalrat Roland Fischer wie folgt zitiert: «Die Kombination von Eigenmietwert und Schuldzinsabzug hat dazu geführt, dass die Schweiz in Europa mit 125 Prozent des Bruttoinlandsprodukts die mit Abstand höchste Verschuldung der privaten Haushalte aufweist.»

Ein rascher und starker Anstieg der Zinsen könnte deshalb zu grossen Verlusten der Inlandbanken führen und die Tragbarkeit zahlreicher Hypothe-

ken gefährden, so Fischer. Ein Ja zur Abschaffung von Eigenmietwert und Schuldzinsabzug beseitigt den Fehlanreiz einer möglichst hohen Verschuldung. Ein weiteres wichtiges Argument für die Abschaffung des Eigenmietwerts betreffe die älteren Generationen, die nach Ausscheiden aus dem Erwerbsleben nicht durch zusätzliche Steuern belastet werden sollen.

Das E-ID-Gesetz wurde ebenfalls detailliert erläutert. Auch hierzu beschlossen die Mitglieder gemäss Mitteilung eine deutliche JA-Parole.

pd/WB

Ja zum E-ID-Gesetz

GRÜNE Am vergangenen Donnerstag fasste die Kantonalpartei an ihrer Delegiertenversammlung die Parolen für die Abstimmung vom 28. September. Ihre Mitglieder sagen ja zum E-ID-Gesetz und nein zur Liegenschaftssteuer auf Zweitliegenschaften.

Vergangene Woche trafen sich die Grünen zur Mitgliederversammlung in der Gemüsebaukooperative Randebandi in Littau. Einstimmig sprachen sie sich für die staatliche E-ID-Lösung aus, heisst es in einer Mitteilung. «Das, nachdem die ursprüngliche Vorlage mit privater Trägerschaft vor drei Jahren mithilfe der Grünen abgelehnt wurde.» Die jetzige Lösung erfülle die damaligen Forderungen: «Die neue E-ID ist staatlich, sicher und datensparsam», wird Kantonsrätin Rahel Estermann zitiert. «Die E-ID ist nach dem Prinzip der digitalen Selbstbestimmung gebaut und bleibt freiwillig – wir konnten also unsere grüne Wertehaltung in dieses Projekt einschreiben.»

Ein Profiling sei mit der E-ID nicht möglich, heisst es weiter. Wo eine Person ihre E-ID einsetze, sei Privatsache und werde nur verschlüsselt auf dem eigenen Smartphone, aber nirgendwo in einer zentralen Datenbank gespeichert. Das sei sicherer als die heutigen

Lösungen. Rahel Estermann: «Wir erhalten eine sichere, staatliche digitale Identität, die unsere Privatsphäre schützt und gleichzeitig den digitalen Alltag vereinfacht. Gleichzeitig ist sie freiwillig: Wer will, kann Behördengänge weiterhin analog erledigen.»

Partei will Eigenmietwert behalten

Ebenfalls einstimmig sprachen sich die Anwesenden gegen die Abschaffung des Eigenmietwerts aus. Man warne vor finanziellen Ausfällen, heisst es in der Mitteilung. «Der Eigenmietwert ist steuersystematisch richtig», wird Nationalrat Michael Töngi zitiert. «Er ist ein Naturaleinkommen und kein fiktives Einkommen.» Er sei wichtig, um Steuergerechtigkeit zwischen Mietenden und Eigentümern herzustellen. «Die extrem tiefen Zinsen verschärfen die Probleme bei einer Abschaffung zusätzlich, da sie zu weiteren Steuerausfällen führten.» Kritisch sahen die Grünen die geplanten Kompensationsmassnahmen. Um die Steuerausfälle durch die Abschaffung des Eigenmietwerts abzufedern, soll eine Zweitwohnsitzsteuer eingeführt werden. «Die einzige fiktive Steuer in dieser Abstimmungsfrage ist die Zweitwohnungssteuer», so Michael Töngi. Er ist sich sicher: «Kein Kanton und kein Mitglied einer bürgerlichen Partei wird nach der Abstimmung diese Zweitwohnungssteuer einführen wollen.»

dk./pd